

Stimme aus Bern

Energiestrategie 2050 ist KMU-Wirtschaftspolitik



Stefan Batzli, Geschäftsführer der AEE SUISSE
Dachorganisation der Wirtschaft für erneuerbare
Energien und Energieeffizienz

Die Energiekommission des Nationalrates ist derzeit daran, die Botschaft zur Energiestrategie 2050 im Detail zu beraten. Das ist gut so, denn die Umsetzung der neuen Klima- und Energiepolitik ist eine nachhaltige Investition in die Zukunft und sie wird die Schweizer Wirtschaft langfristig stärken. Was es dazu dringend braucht, sind verlässliche politische Rahmenbedingungen. Hier ist die Politik ist gefordert. Sie muss für Kontinuität und Stabilität sorgen.

Der Bundesrat hat letzten September die Botschaft zur Energiestrategie 2050 verabschiedet. Was jetzt zählt, sind die konkreten Massnahmen und nicht länger das Streiten um Szenarien. Wie die Welt in 20 Jahren aussieht, kann man kaum abschliessend modellieren. Beurteilen und modellieren lassen sich dagegen die Auswirkungen konkreter Massnahmen nach der Gesetzesrevision. Für die KMU-Wirtschaft Schweiz, die bei der Umsetzung der Energiewende federführend in der Verantwortung stehen wird, sind konkrete Verbesserungen im Bereich der Investitionsanreize und der Investitionssicherheit für die erneuerbare und effiziente Energienutzung von grösster Bedeutung. Als Dachorganisation der Wirtschaft setzt sich die AEE SUISSE für einfache, verlässliche und marktnahe Rahmenbedingungen ein. Der Bundesrat hat eine gute Vorlage erarbeitet. Sie kann und muss aber in einigen Punkten vereinfacht und optimiert werden. Unsere Wirtschaft braucht in erster Priorität einen verlässlichen und vor allem einfachen Investitionsrahmen, wie ihn das laufende und bewährte Einspeisevergütungssystem garantiert. Die in der Energiestrategie 2050 angedachte Ausweitung des Fördervolumens ist für die

KMU-Wirtschaft zwingend und richtig. Sorgen bereiten vielen Unternehmungen die angedachte Verkomplizierung des Förderrahmens mit einer Direktvermarktung, mit dem Verbot einzelner Kraftwerkstypen (z.B. Kleinwasserkraft), mit Einmalbeiträgen für Kleinanlagen und Auktionen für die Strompreisermittlung. Hier ist höchste Vorsicht angesagt, da der Ausbau nur gelingt, wenn ein einfacher Förderrahmen mit einem klaren und verlässlichen Preissignal entsteht. Wird das angedachte Einspeisesystem einfach und verlässlich gehandhabt, ist das anvisierte Ziel von zusätzlichen 10 Terrawattstunden erneuerbarem Strom bis ins Jahr 2035 erreichbar. Die Branche jedenfalls ist technisch und fachlich dazu bereit. Die Aufgabe der Politik ist es, muss Kontinuität und Stabilität zu garantieren. Ohne Stabilität gibt es kein Vertrauen. Und ohne Vertrauen werden die nötigen Investitionen ausbleiben und wird die Energiewende nicht gelingen.

Können wir uns das überhaupt leisten?

Bevor über die Höhe der Kosten für den Umbau des Energiesystems spekuliert wird, ist zu klären, wovon überhaupt die Rede ist: Kosten fallen dort an, wo etwas verbraucht wird, also bei den Konsumenten als Ausgaben für Strom, Brenn- und Treibstoffe. Investitionen binden finanzielle Mittel in Vermögensgegenständen: zum Beispiel in Erneuerbare-Energie-Anlagen, die ohne Brennstoffe betrieben werden und unabhängig von Öl- und Gasimporten machen.

Wo investiert werden soll, muss auch profitiert werden. Doch die, die bisher an der Stromproduktion verdient haben, vor allem Kantons- und Überlandwerke, müssen ihre Geschäftsmodelle neu ausrichten. Heute investieren vorwiegend Privatpersonen, Landwirte, Gewerbe, Projektierer und Banken in Solar-, Wasser und Windkraftwerke. Trotz unterschiedlicher Anlagemotive müssen auch diese Investitionen rentabel und finanzierbar sein. Wo dies nicht in einem überschaubaren Zeitraum der Fall ist, springt die Allgemeinheit ein. Kritiker der Energiewende monieren deshalb gerne, dass die Politik damit eine neue Plan- und Subventionswirtschaft geschaffen hat. Subvention – dieses Wort wird wie ein Mantra gegen die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV), über die die Energiewende massgeblich finanziert wird, ins Feld geführt. Richtig wird es dadurch nicht: Die KEV ist eine reine Umlagefinanzierung auf den effektiven Stromverbrauch. So gibt sie Verbrauchern Anreize zu

mehr Energieeffizienz und Anlagenherstellern bzw. -betreibern zu technologischem Fortschritt. Anders als bei einer Subvention werden über die KEV weder Staatsgelder verteilt noch Zahlungen ohne Gegenleistung ausgelöst: Eine Anlage erhält erst dann Geld, wenn sie Strom ins Netz einspeist, und dann genau im Umfang der gelieferten Menge.

Subventionen lähmen die Marktkräfte – aber ganz woanders, wie die Internationale Energieagentur IEA festhält: Fossile und nukleare Energien werden weltweit sechsmal mehr subventioniert als erneuerbare Energien. Steuererleichterungen und direkte Zuschüsse halten die Preise tief und den Verbrauch hoch. Das verhindert den Umbau des Energiesystems nicht, aber verzögert ihn unnötig. Diese Kosten von Kohle- und Atomstrom erscheinen nicht auf der Stromrechnung, werden aber dennoch von der Gesellschaft und damit jedem Einzelnen bezahlt. Die Kosten für die Energiewende dagegen werden ausgewiesen, aktuell mit 0.6 Rp./kWh.

Stefan Batzli
www.aeesuisse.ch

a e e S U I S S E

Dachorganisation der Wirtschaft für
erneuerbare Energien und Energieeffizienz

Über die AEE SUISSE

Die AEE SUISSE vertritt als Dachorganisation der Wirtschaft für erneuerbare Energien und Energieeffizienz die Interessen der Branchenverbände, der Unternehmungen und der Energieanbieter aus den Bereichen erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Ihr Ziel ist es, die Öffentlichkeit und Entscheidungsträger/innen zu informieren, für eine nachhaltige Energiepolitik zu sensibilisieren und sich aktiv an der Gestaltung der wirtschaftlichen und energiepolitischen Rahmenbedingungen auf nationaler und regionaler Ebene zu beteiligen.

AEE SUISSE

Dachorganisation der Wirtschaft für
erneuerbare Energien und Energieeffizienz
Falkenplatz 11, Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 301 89 62
www.aeesuisse.ch